

Europarecht

Hobe / Fremuth

11. Auflage 2023
ISBN 978-3-8006-6725-3
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Hobe/Fremuth | Europarecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europarecht

von

Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Stephan Hobe, LL.M.

Lehrstuhl für Völkerrecht, Europarecht, europäisches und
internationales Wirtschaftsrecht

und Jean-Monnet-Professor für das Recht der Europäischen Integration
an der Universität zu Köln

und

Univ.-Prof. Dr. Michael Lysander Fremuth

Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien und

Wissenschaftlicher Direktor des Ludwig Boltzmann Instituts für

Grund- und Menschenrechte

11., neu bearbeitete Auflage 2023

Verlag Franz Vahlen · Manz

Zitervorschlag: Hobe/Fremuth EuropaR § Rn.

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN Vahlen Print 978 3 8006 6725 3

ISBN Vahlen E-Book 978 3 8006 6726 0

ISBN Manz 978 3 214 13662 8

© 2023 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 11. Auflage

Die mittlerweile 11. Auflage des Lehrbuchs ist Ausdruck von dessen stetiger Beliebtheit, sie reagiert auf das rasche Voranschreiten der Entwicklungen im Recht der Europäischen Union und reflektiert dessen nicht zu unterschätzende Relevanz für alle Teildisziplinen der nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten. Wir haben ebenfalls geographisch die Grenzen überschritten und präsentieren das Buch nun auch für die österreichische Rechtsordnung. Durch die vergleichende Betrachtung von mitunter ähnlichen, aber eben doch verschiedenen Rechtsordnungen erhoffen wir uns einen Erkenntnisgewinn für deutsche und österreichische Studierende gleichermaßen.

Inhaltlich soll das Buch einen Überblick über die Unionsrechtsordnung verschaffen, wobei besonders (prüfungs-)relevante Bereiche vertieft und aktuelle Entwicklungen, insbesondere in der Rechtsprechung, nachgezeichnet und aufbereitet werden. Dabei wird die Wechselbezüglichkeit zwischen dem unionalen und dem nationalen Recht herausgearbeitet und sollen Prüfungsschemata, Tabellen, Schaubilder und Graphiken das Rechtsverständnis erleichtern. Zugleich behandelt das Buch die andauernden Herausforderungen für die Europäische Integration, etwa infolge der Corona-Pandemie, des Brexit, der Migrationsströme oder des Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die Ukraine.

Wir hoffen, dass das Lehrbuch sowohl deutschen und österreichischen Studierenden als auch Praktikern und Wissenschaftlern dabei behilflich sein wird, sich den immer weiter anwachsenden Korpus des Europarechts anzueignen sowie das durchaus komplexe Recht der Europäischen Union im Studium, in Prüfungen und dem Examen sowie in der Praxis erfolgreich anzuwenden.

Wie auch bei den Voraufgaben wäre das Werk nicht ohne die Unterstützung zahlreicher Mitarbeiter entstanden. Es ist in Sonderheit zu danken Michel Küppers und Daniela Scholz in Köln sowie Christoph Weilhartner in Wien. Selbstverständlich tragen die Autoren die volle wissenschaftliche Verantwortung für das Werk.

Köln/Wien, im Februar 2023

Stephan Hobe/Michael Lysander Fremuth

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage von 2002

Obwohl es eine Reihe ausgezeichnete Lehrbücher zum Europarecht gibt, soll hiermit ein weiteres vorgelegt werden. Dies geschieht einerseits in der Überzeugung, dass es angesichts der deutlich gestiegenen Bedeutung des Gemeinschaftsrechts, aber auch wegen der wachsenden öffentlichen Wahrnehmung dieser Bedeutung, kein Nachteil sein muss, eine Vielzahl von Lehrbüchern zur Auswahl zu haben. Andererseits bietet das Lehrbuch Gelegenheit, gewisse eigene Akzente in die Diskussion einzubringen.

Nach Jahren etwas langsamerer Entwicklung hat sich seit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht die europäische Diskussion wieder beschleunigt; die jüngere Debatte um die Frage einer europäischen Verfassung zeigt dies deutlich. Das Lehrbuch ist insofern als Versuch zu verstehen, die groben Entwicklungslinien der Diskussion von nunmehr rund 50 Jahren europäischer Integration in allen Bereichen des Gemeinschaftsrechts nachzuzeichnen.

Das Buch versteht sich damit in erster Linie als Studienbuch, welches Studierenden der Pflicht- oder Wahlfachgruppe Europarecht Orientierung bei der Vorbereitung auf Prüfung und Examen bieten will. Insofern wird versucht, einen knappen Überblick über die verschiedenen Regelungsmaterien zu geben und den Stoff durch häufige Verweise auf Sekundärrecht und Rechtsprechung in seiner konkreten Anwendung zu verdeutlichen. Übungsfälle sollen zudem einen ersten Einstieg in die europarechtliche Fallbearbeitung ermöglichen. Das Buch versteht sich darüber hinaus als Hilfe, um einen ersten Zugriff auf die oftmals komplexe Materie zu erleichtern und Anregungen zum weiterführenden Studium zu geben. Dementsprechend beschränken sich die Literaturhinweise in der Regel auf für Studierende leicht zugängliche Schriften vornehmlich aus der Ausbildungsliteratur.

Köln, im März 2002

Stephan Hobe

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 11. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage von 2002	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIX
1. Teil. Europa – Entwicklungsgeschichte der Integration, Organisationen neben der Europäischen Union sowie Charakter der Unionsrechtsordnung	1
§ 1 Die europäische Idee bis 1945	1
§ 2 Entwicklungslinien der Integration nach 1945	3
§ 3 Europäische Institutionen neben der Union (Europarat, EFTA, OSZE, OECD und ehemalige WEU)	22
§ 4 Die Unionsrechtsordnung: Öffentlich-rechtlicher Rahmen zur Garantie der Binnenmarktfreiheiten	26
2. Teil. Die institutionelle Struktur der Europäischen Union	31
§ 5 Rechtsfragen der Europäischen Union	31
§ 6 Das Verhältnis der Mitgliedstaaten zur Europäischen Union	49
§ 7 Die Organe der Europäischen Union	68
§ 8 Das Finanzsystem	99
3. Teil. Die Grundlagen des Unionsrechts	105
§ 9 Quellen und Geltungsbereich des Unionsrechts	105
§ 10 Das Rechtsschutzsystem	141
§ 11 Haftungsfragen	178
4. Teil. Die EU als Werteunion und EU-Grundrechte	189
§ 12 Die EU als Werteunion	189
§ 13 Grundrechte der EU	215
5. Teil. Der Binnenmarkt der Europäischen Union	251
§ 14 Das Binnenmarktkonzept	251
1. Abschnitt. Die Grundfreiheiten	275
§ 15 Warenverkehrsfreiheit	275
§ 16 Arbeitnehmerfreizügigkeit	302
§ 17 Niederlassungsfreiheit	313
§ 18 Dienstleistungsfreiheit	323
§ 19 Kapital- und Zahlungsverkehr	340
§ 20 Rechtsangleichung	349
2. Abschnitt. Wirtschafts- und Währungsunion	368
§ 21 Die Währungsunion als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses	368
3. Abschnitt. Die Wettbewerbsordnung	399
§ 22 Die europäische Wettbewerbsordnung	399
§ 23 Beihilfenkontrolle	419
6. Teil. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR)	445
§ 24 Die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)	445
§ 25 Weitere Politikbereiche im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	459
7. Teil. Das Auswärtige Handeln der Union	465
§ 26 Die Gemeinsame Handelspolitik	465
§ 27 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	474

8. Teil. Weitere ausgewählte Politiken der Union im Überblick	487
§ 28 Landwirtschaftspolitik (einschl. Fischereipolitik)	487
§ 29 Sozialpolitik	490
§ 30 Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik	493
§ 31 Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik und weitere Politiken	498
Ausgewählte EuGH-Entscheidungen	501
Sachverzeichnis	507



Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 11. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage von 2002	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIX
1. Teil. Europa – Entwicklungsgeschichte der Integration, Organisationen neben der Europäischen Union sowie Charakter der Unionsrechtsordnung	1
§ 1 Die europäische Idee bis 1945	1
§ 2 Entwicklungslinien der Integration nach 1945	3
§ 3 Europäische Institutionen neben der Union (Europarat, EFTA, OSZE, OECD und ehemalige WEU)	22
I. Der Europarat	22
II. Die Europäische Freihandelsorganisation (EFTA)	23
III. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	24
IV. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	25
V. Die Historie der Westeuropäischen Union (WEU)	25
§ 4 Die Unionsrechtsordnung: Öffentlich-rechtlicher Rahmen zur Garantie der Binnenmarktfreiheiten	26
2. Teil. Die institutionelle Struktur der Europäischen Union	31
§ 5 Rechtsfragen der Europäischen Union	31
I. Bezeichnungen und Aufbau der Europäischen Union	31
II. Rechtsnatur der Europäischen Union	34
III. Beitritt – Assoziierung von Mitgliedern, der <i>acquis communautaire</i>	36
IV. Verstärkte Zusammenarbeit	41
V. Die Union der 27 Mitgliedstaaten und künftige Erweiterungsperspektiven	43
VI. Außenbeziehungen und Abschluss völkerrechtlicher Verträge	45
§ 6 Das Verhältnis der Mitgliedstaaten zur Europäischen Union	49
I. Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“	49
1. Änderungen der Verträge	49
a) Ordentliches Änderungsverfahren	49
b) Vereinfachte Änderungsverfahren	50
2. Einseitiges Austrittsrecht	50
3. Auflösungs- und Ausschlussrecht	54
II. Kompetenzverteilung	55
1. Grundregeln	56
a) Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung	56
b) Prinzip der Subsidiarität	58
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	61
d) Flexibilitätsklausel nach Art. 352 AEUV	61
e) Implizite Zuständigkeiten – die Implied powers-Doktrin	63
2. Arten von Zuständigkeiten	64
a) Ausschließliche Zuständigkeit	64
b) Geteilte Zuständigkeit	65
c) Unterstützende Zuständigkeit	65
d) Besondere Kompetenzarten	66
e) Ausschließliche Kompetenzen der Mitgliedstaaten	66
III. Gegenseitige Pflichten von Union und Mitgliedstaaten	66
IV. Diskriminierungsverbot und weitere gegenseitige Verpflichtungen	68

§ 7 Die Organe der Europäischen Union	68
I. Organe (Zusammensetzung; Befugnisse; Bedeutung)	68
1. Europäischer Rat	71
2. Rat	72
3. Kommission	76
Exkurs: Europäische Bürgerinitiative (Art. 11 IV EUV)	79
4. Parlament	82
5. Gerichtshof, Gericht und Fachgerichte	89
6. Rechnungshof	91
7. Europäische Zentralbank als Organ <i>sui generis</i>	92
8. Nebenorgane	94
a) Europäische Investitionsbank	94
b) Hoher Vertreter der Union	94
c) Ausschuss der Regionen	95
d) Wirtschafts- und Sozialausschuss	95
II. Das Verhältnis der Organe zueinander (das sog. Institutionelle Gleichgewicht)	96
III. Die nationalen Parlamente	97
§ 8 Das Finanzsystem	99
I. Grundstruktur	99
II. Haushalt – Einnahmen und Ausgaben	100
3. Teil. Die Grundlagen des Unionsrechts	105
§ 9 Quellen und Geltungsbereich des Unionsrechts	105
I. Rechtsquellen des Unionsrechts	105
1. Primäres Unionsvertragsrecht	106
2. Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts	108
3. Gewohnheitsrecht	109
4. Sekundäres Unionsrecht	110
a) Allgemeines	110
b) Die verschiedenen Handlungsformen	110
5. Auslegung des Unionsrechts und Rechtsfortbildung durch den EuGH	117
a) Grammatikalische Auslegung	118
b) Systematische Auslegung	118
c) Historische Auslegung	118
d) Teleologische Auslegung	118
e) Richterliche Rechtsfortbildung	119
II. Das Verfahren der Rechtssetzung	119
1. Völkerrechtliche Grundsätze der Primärrechtssetzung	119
2. Verfahren der Sekundärrechtssetzung	120
a) Einleitung	120
b) Neuerungen im Gesetzgebungsverfahren	120
3. Politische Koordination im Rahmen der EU (sog. Offene Methode der Koordinierung)	122
III. Das Verhältnis von Unions- und Völkerrecht	124
IV. Das Verhältnis von nationalem Recht (inkl. nationalen Grundrechten) und Unionsrecht, insbesondere der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	128
V. Der Vollzug des Unionsrechts	137
§ 10 Das Rechtsschutzsystem	141
I. Kompetenzen des Gerichtshofes der Europäischen Union – Verfahrensgrundsätze	141
1. Zuständigkeiten von Gerichtshof, Gericht und Fachgerichten/Rechtsmittel	141
Exkurs: Streitbeilegung durch externe Gerichte	142
2. Verfahrensgrundsätze	147
II. Verfahrensarten	148
1. Vertragsverletzungsverfahren	148
2. Nichtigkeitsklage	150
3. Untätigkeitsklage	154
4. Amtshaftungsklage	156
5. Das Vorabentscheidungsverfahren	157
6. Die Subsidiaritätsklage	160

7. Vorläufiger Rechtsschutz	161
a) Antrag nach Art. 278 S. 2 AEUV	161
b) Antrag nach Art. 279 AEUV	162
c) Antrag nach Art. 299 IV 1 AEUV	162
d) Eilverfahren im Rahmen des Art. 267 AEUV	162
III. Auszug eines EuGH-Urteils	172
IV. Rechtsschutz gegen europäische Hoheitsakte durch nationale Gerichte	175
1. Zuständigkeit nationaler Gerichte bezüglich europarechtlicher Rechtssachen	175
2. Berufung auf nationale Grundrechte und nationales Recht gegenüber Unionsrechtsakten?	176
3. Problem des einstweiligen Rechtsschutzes	177
§ 11 Haftungsfragen	178
I. Haftung der Union	178
1. Völkerrechtliche Haftung der Union	178
2. Innereuropäische Haftung der Europäischen Union	179
a) Vertragliche Haftung, Art. 340 I AEUV	179
b) Außervertragliche Haftung, Art. 340 II AEUV	179
II. Die unionsrechtliche Staatshaftung der Mitgliedstaaten	182
1. Allgemeines	182
2. Das Urteil Francovich und nachfolgende Fälle	183
3. Voraussetzungen	184
4. Teil. Die EU als Werteunion und EU-Grundrechte	189
§ 12 Die EU als Werteunion	189
I. Geschichte und Bedeutung der Werte der EU	189
II. Die Werte der EU im Einzelnen	192
III. Die externe Dimension der Wertebindung	197
IV. Zum Schutz der Werte der EU	198
1. Werte als Voraussetzung der Mitgliedschaft, Art. 49 EUV	198
2. Rechtsstaatlichkeitsdialog und Sanktionsverfahren, Art. 7 EUV	200
3. Durchsetzung der Wertebindung durch nationale, supra- und internationale Gerichte	203
4. Austritt und Ausschluss	209
5. Vorschläge und neue Ansätze, unter anderem allgemeine Konditionalität und Wertschöpfungskettenverantwortung	211
§ 13 Grundrechte der EU	215
I. Grundrechtsschutz in der EU im Überblick	215
1. Bedeutung des Grundrechtsschutzes für die EU	215
2. Geschichte des Grundrechtsschutzes in der EU	217
3. Grundlagen des EU-Grundrechtsschutzes	219
II. EU-Grundrechte-Charta	220
1. Bedeutung und Übersicht	220
2. Anwendungsbereich	223
a) Akzessorietät des Grundrechtsschutzes = Anbindung an das Unionsrecht	223
b) Grundrechtsverpflichtete und Drittwirkung	225
c) Räumlich	228
d) Zeitlich	228
3. Schutzbereich	229
a) Persönlich: Grundrechtsträger	229
b) Sachlich	230
4. Eingriff oder Ungleichbehandlung	233
5. Rechtfertigung	234
a) Möglichkeit der Rechtfertigung	234
b) Gesetzliche Grundlage	234
c) Rechtfertigungsgrund und Verhältnismäßigkeit	235
d) Wesensgehaltsgarantie	235
e) Sonderfall: Gleichheitsrechte	236
III. Verhältnis zwischen EU-Grundrechten, nationalen Grundrechten und der EMRK	237
1. Verhältnis der EU-Grundrechte gegenüber dem nationalen Recht	237

2. Verhältnis zur EMRK und zum EGMR	238
a) Bedeutung der EMRK für den unionalen Grundrechtsschutz	238
b) Das Verhältnis zwischen EuGH und EGMR	238
c) Der (gescheiterte) Beitritt der EU zur EMRK	240
IV. EU-Grundrechte in der Prüfung	241
1. Prüfungsschema	241
2. Fallbeispiel (Auszug aus dem Urteil in den verb. Rs. C-92/09 u. C-93/09)	242
a) Sachverhalt	242
b) Lösung nach EuGH (Auszug)	242
5. Teil. Der Binnenmarkt der Europäischen Union	251
§ 14 Das Binnenmarktkonzept	251
I. Europäischer Binnenmarkt	251
1. Begriff und Entwicklung	251
2. Instrumente zur Verwirklichung des Binnenmarktes	252
II. Grundfreiheiten und Diskriminierungsverbote	253
1. Allgemeines	254
2. Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV)	254
3. Antidiskriminierungsmaßnahmen (Art. 19 AEUV)	259
4. Spezielles Diskriminierungsverbot (Art. 157 AEUV)	262
5. Inländerdiskriminierung	264
6. Unionsbürgerschaft	265
III. Reichweite der Schutzrichtung der Grundfreiheiten	271
IV. Beschränkung der Grundfreiheiten	271
V. Adressaten der Grundfreiheiten	272
VI. Konkurrenz der Grundfreiheiten	272
VII. Allgemeines Prüfungsschema zu den Grundfreiheiten	272
1. Abschnitt. Die Grundfreiheiten	275
§ 15 Warenverkehrsfreiheit	275
I. Grundkonzeption	275
II. Schutzbereich	276
1. Sachlicher Schutzbereich	276
a) Warenverkehrsfreiheit im weiteren und engeren Sinn	276
b) Rechtsangleichung und Vorrang des Sekundärrechts	276
c) Waren als Gegenstand	278
d) Grenzüberschreitender Bezug	279
e) Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen	280
f) Verbot von (Einfuhr-)Maßnahmen gleicher Wirkungen	280
g) Verbot von Ausfuhrbeschränkungen	286
2. Persönlicher Schutzbereich	286
3. Räumlicher Schutzbereich	287
III. Eingriff und Pflichtenadressaten	287
IV. Rechtfertigung (Schranken und Schranken-Schranken)	288
1. Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV	289
2. Immanente Schranken	292
3. Rechtfertigung durch verschiedene weitere Schutzklauseln	294
4. Rechtfertigung aus kollidierenden Grundrechten	295
V. Prüfungsschema zur Warenverkehrsfreiheit	295
VI. Schutz gewerblichen und kommerziellen Eigentums	297
VII. Verbot von Handelsmonopolen	299
VIII. Übungsfall: Cassis de Dijon, EuGH ECLI:EU:C:1979:42 = BeckRS 2004, 71378	300
§ 16 Arbeitnehmerfreizügigkeit	302
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	302
1. Persönlicher Schutzbereich	303
2. Sachlicher Schutzbereich	303
3. Räumlicher Schutzbereich	305
4. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	305
5. Drittwirkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	306

II. Schranken und Ausnahmen	306
1. Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (Art. 45 III AEUV)	306
a) Öffentliche Sicherheit und Ordnung	307
b) Gesundheit	307
2. Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung (Art. 45 IV AEUV)	307
3. Gründe des allgemeinen Wohls	308
III. Relevantes Sekundärrecht	308
1. Freizügigkeits-VO	308
2. Freizügigkeits-RL	309
3. Soziale Sicherungssysteme-Koordinierungs-VO	311
4. Brüssel Ia-VO	311
5. Studenten/berufsqualifizierende Abschlüsse	311
§ 17 Niederlassungsfreiheit	313
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	313
1. Persönlicher Schutzbereich	313
2. Sachlicher Schutzbereich	314
3. Adressaten	316
II. Schranken und Ausnahmen	316
1. Teilhabe an der Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 51 I AEUV)	316
2. Rechtfertigungsgründe	317
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 I AEUV)	317
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses als ungeschriebene Beschränkungsmöglichkeit	317
III. Relevantes Sekundärrecht	318
1. Freizügigkeits-RL	318
2. Ermächtigung zur Sekundärrechtsetzung in Art. 53 I und II AEUV	318
IV. Insbesondere: Die Grundstrukturen des europäischen Gesellschaftsrechts („société européenne“)	319
§ 18 Dienstleistungsfreiheit	323
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	324
1. Sachlicher Schutzbereich	324
2. Verhältnis zu anderen Grundfreiheiten	326
a) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit	326
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	326
c) Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit	326
3. Persönlicher Schutzbereich	327
II. Schranken und Ausnahmen	327
1. Art. 62 AEUV iVm Art. 51 AEUV	327
2. Art. 62 AEUV iVm Art. 52 I AEUV	327
3. Rechtfertigung aufgrund zwingender Allgemeinwohlintereessen	328
III. Relevantes Sekundärrecht	329
1. Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL)	329
2. Arbeitnehmerentsende-RL	331
3. Dienstleistungs-RL	332
IV. Die europäische Telekommunikationsordnung als Ausprägung grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung	333
V. Das Sonderrecht für Dienstleistungen von Banken und Versicherungen	335
1. Banken	336
2. Versicherungen	338
VI. Übungsfall: van Binsbergen/Bestuur van de Bedrijfsvereniging voor de Metaalnijverheid, EuGH ECLI:EU:C:1974:131	339
§ 19 Kapital- und Zahlungsverkehr	340
I. Die Liberalisierung des Kapital- und Zahlungsverkehrs bis 1994	341
II. Freier EU-Geldverkehr seit 1994	341
1. Allgemeines	341
2. Anwendungsbereich	342
a) Sachlicher Anwendungsbereich	342
b) Persönlicher Anwendungsbereich	345
3. Rechtsfolgen	345

4. Schranken und Ausnahmen	346
a) Immanente Schranken	346
b) Art. 64 I AEUV	346
c) Art. 65 AEUV	347
d) Ausnahmeregelungen nach Art. 143, 144 AEUV	347
5. Relevantes Sekundärrecht	347
6. Kapital- und Zahlungsverkehr mit Drittstaaten	348
§ 20 Rechtsangleichung	349
I. Problemstellung	349
II. Ausgewählte Bereiche der Rechtsangleichung	350
1. Zivilrecht	350
a) Europäisches Verfahrens- und Privatrecht	350
b) Verbraucherschutz (Art. 169 AEUV)	352
c) Handels- und Gesellschaftsrecht	354
d) Unlauterer Wettbewerb	355
e) Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht	356
2. Steuerrecht	359
a) Allgemeines	359
b) Rechtsgrundlagen für die Harmonisierung des Steuerrechts	360
c) Die Mehrwertsteuer	360
3. Öffentliches Recht	362
a) Öffentliche Auftragsvergabe	362
b) Chemikalienrecht	366
c) Spielzeug-RL	367
2. Abschnitt. Wirtschafts- und Währungsunion	368
§ 21 Die Währungsunion als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses	368
I. Die Europäische Währungsunion: Bedeutung und Vorgeschichte	368
1. Bedeutung	368
2. Geschichte	369
II. Stufen der Verwirklichung der Währungsunion	370
1. Erste Stufe v. 1.7.1990–31.12.1993	370
2. Zweite Stufe v. 1.1.1994–31.12.1998	370
3. Dritte Stufe seit dem 1.1.1999	371
4. Beitritt weiterer Mitgliedstaaten	372
III. Grundkonzeption der Wirtschafts- und Währungsunion	373
1. Gemeinsame Wirtschaftspolitik	373
2. Institutioneller Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion	374
3. Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion im Einzelnen	375
4. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	376
IV. Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – eine Gefahr für die EU?	380
1. Übersicht	380
2. Die Arten, Ursachen und Akteure der Krisen	380
3. Die europäische Dimension der Krisen und der Reformbedarf	382
4. Im Rahmen der EU getroffene Maßnahmen im Einzelnen	383
a) Erste Maßnahmen zur Wirtschafts- und Finanzstabilisierung	383
b) Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB	384
c) Die neue Finanzaufsichtsarchitektur der Europäischen Union	387
d) Rettungsschirme für hoch verschuldete Euro-Staaten	388
5. Weitere Reformansätze und -diskussionen	391
6. Das BVerfG in der Finanz- und Wirtschaftskrise	394
7. Ausblick	397
V. Rechtsstellung der Nichtmitgliedstaaten der Währungsunion	399
3. Abschnitt. Die Wettbewerbsordnung	399
§ 22 Die europäische Wettbewerbsordnung	399
I. Einführung	400
1. Persönlicher Anwendungsbereich	402
2. Sachlicher Anwendungsbereich	402
3. Räumlicher Anwendungsbereich	403
4. Vollzug	403

II. Kartellverbot (Art. 101 AEUV)	403
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen (Art. 101 I AEUV)	404
a) Sachlicher Anwendungsbereich	404
b) Persönlicher Anwendungsbereich	406
c) Tatbestandsausnahmen vom Verbot des Art. 101 AEUV	406
d) Rechtsfolgen des Verstoßes (Art. 101 II AEUV)	407
2. Freistellungen (Art. 101 III AEUV)	408
III. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	410
1. Einführung	410
2. Die marktbeherrschende Stellung	411
3. Wesentlicher Teil des Gemeinsamen Marktes	411
4. Missbräuchliche Ausnutzung	411
5. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	414
IV. Fusionskontrolle	414
1. Fusionskontrollverordnung	414
2. Kommissionspraxis	415
V. Öffentliche Unternehmen und Wettbewerbsordnung (Art. 106 AEUV) sowie relevantes Sekundärrecht (Transparenzrichtlinie)	416
VI. Zum Verhältnis von nationalem zu europäischem Wettbewerbsrecht	418
§ 23 Beihilfenkontrolle	419
I. Grundkonzeption	419
1. Begriff der staatlichen Beihilfe	422
2. Tatbestandsmerkmale des Art. 107 I AEUV	423
3. Ausnahmen von der Anmeldepflicht	427
a) Bereichsausnahmen, Gruppenfreistellungsverordnungen	427
b) Art. 107 II AEUV (Legalausnahmen)	428
c) Art. 107 III AEUV (Ermessensausnahmen)	429
d) Art. 106 II AEUV (weitere Rechtfertigung)	431
4. Beihilfenaufsicht und -aufsichtsverfahren (Art. 108 AEUV)	431
a) Repressives Verfahren	431
b) Präventives Verfahren	432
II. Schema für die Beihilfenkontrolle	434
III. Sonderproblem: Rückforderung europarechtswidrig gewährter Subventionen	435
Exkurs: Staatliche Beihilfen und die Finanzkrise sowie die Corona-Krise	439
6. Teil. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR)	445
§ 24 Die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)	445
I. Entwicklung	445
II. Aufgaben	449
III. Institutioneller Aufbau	449
IV. Handlungsinstrumentarien und Beschlussverfahren	450
1. Handlungsinstrumente	450
2. Beschlussverfahren	451
3. Exkurs: Rahmenbeschlüsse	452
4. Stärkung des Rechtsschutzes	455
V. Europol	455
VI. Eurojust	457
VII. Europäische Staatsanwaltschaft	458
§ 25 Weitere Politikbereiche im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	459
I. Allgemeines	459
II. Grenzkontrollen, Asyl, Einwanderung	460
III. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	464
7. Teil. Das Auswärtige Handeln der Union	465
§ 26 Die Gemeinsame Handelspolitik	465
I. Allgemeine Regelungen	465
II. Grundkonzeption	465
1. Überblick	465
2. Kompetenzen	466

3. Handelspolitische Instrumentarien der Gemeinsamen Handelspolitik	467
III. Bilateral-regionale Handelspolitik	469
1. Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	470
2. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten	471
3. Die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten	471
4. Sogenannte Assoziierungsabkommen zur Beitrittsvorbereitung	472
IV. Weltweite multinationale Handelspolitik	473
1. Das neue Rechtsregime der WTO	473
2. Sonstige weltweite und multinationale Handelsabkommen	474
§ 27 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	474
I. Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	474
II. Aufgaben	477
III. Institutioneller Aufbau	477
IV. Aktionsmöglichkeiten im Rahmen der GASP	479
1. Gemeinsame Erklärung	480
2. Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die GASP	480
3. Beschluss zur Festlegung Gemeinsamer Aktionen	480
4. Beschluss zur Festlegung Gemeinsamer Standpunkte	480
5. Ausbau der regelmäßigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Führung ihrer Politik	481
6. Das Verfahren der Beschlussfassung nach Art. 31 EUV	481
a) Die konstruktive Enthaltung	482
b) Die Blockademöglichkeit bei Mehrheitsentscheidungen	482
7. Rechtsschutz in der GASP	482
8. Die Rolle der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) für die GASP	483
9. Das Verhältnis der Vorschriften der GASP zum AEU- und EU-Vertrag	483
V. Praxis der GASP	484
8. Teil. Weitere ausgewählte Politiken der Union im Überblick	487
§ 28 Landwirtschaftspolitik (einschl. Fischereipolitik)	487
§ 29 Sozialpolitik	490
§ 30 Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik	493
I. Umweltpolitik	494
II. Verkehrspolitik	495
III. Energiepolitik	496
§ 31 Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik und weitere Politiken	498
I. Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik	498
II. Übrige Politiken	500
Ausgewählte EuGH-Entscheidungen	501
Sachverzeichnis	507